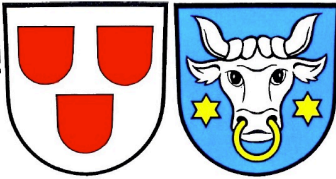




**Historischer Verein für Mittelbaden
Mitgliedergruppe Schiltach/Schenkenzell e.V.**



www.geschichte-schiltach-schenkenzell.de

Reichspogromnacht jährt sich zum 80. Mal: Auch in Schiltach wurden jüdische Händler auf den Märkten benachteiligt

von Andreas Morgenstern

Am 9. November 1938, vor 80 Jahren, haben in NS-Deutschland die Synagogen gebrannt. Nachdem die Juden zuvor schon jahrelang Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren hatten, erreichte die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten nach diesem Ereignis eine neue Stufe

In Schiltach und Lehengericht lebten 1938 keine Juden. Doch die antisemitische Hetze zeigte sich auch hier, vor allem bei den Märkten, die bis heute als Höhepunkte im wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt gelten.

In Schiltach sollten die jüdischen Händler bereits frühzeitig ausgegrenzt werden. So beschloss der Gemeinderat schon am 30. Mai 1933, Juden zu den Märkten nicht mehr zuzulassen. Offensichtlich war den Räten dabei aber zugleich bewusst, dass nach diesem Ausschluss die bisherige Angebotsvielfalt nicht mehr erhalten bliebe. Sie verbanden dieses Verbot daher mit der Aufforderung an die "heimischen Gewerbetreibenden", sich stärker als bisher auf den Märkten zu beteiligen.

Diese Entscheidung entsprang offensichtlich voreilenden Gehorsams. Am 16. August 1933 teilte das Innenministerium dazu mit, solche Marktverbote widersprächen der Messe- und Marktfreiheit. Darüber hinaus drohe die Störung außenpolitischer Beziehungen, hieß es. Obwohl Geschäfte jüdischer Inhaber gehindert, boykottiert und zerstört wurden – das Bild einer gemäßigten Politik sollte nach außen gewahrt werden.

Jüdische Händler durften weiterhin in Schiltach verkaufen. Doch wurden sie diffamiert. Zu einem umfassenden Verwaltungsvorgang wurde der Vorwurf eines Mannheimer Händlers 1936, er habe nur einen schlechten Standplatz erhalten, während "Ostjuden" – der Begriff sollte die angebliche Fremdheit der Juden verstärken – an den bevorzugten Stellen verkaufen dürften. Offenbar hatte Marktmeister Wild den seit Jahren hier verkaufenden Händlern ihre angestammten Plätze zugeteilt. Bürgermeister Groß mahnte daraufhin, "dass eine Bevorzugung von Juden, wenn auch wie im letzten Fall ungewollt, unterbleiben muss".

Schiltachs Verwaltungsspitze vermied damit jeden Verdacht einer ihr vorgeworfenen Bevorzugung jüdischer Händler und erinnerte zusätzlich an das gescheiterte Verkaufsverbot.



Auch in Schiltach ist der Antisemitismus während der Nazizeit zu spüren



Die Häuser im „Vorstädtle“ sind mit NS-Fahnen beflaggt Fotos: Stadtarchiv

Juden erhielten von nun an nur noch die schlechtesten Plätze an den Schiltacher Markttagen. Dieser offene Antisemitismus diente ganz offensichtlich auch als Mittel zur Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz.

1938 unterstützte ein Schiltacher Gemeinderat Vorwürfe gegen die Vergabe eines Platzes an eine Händlerin aus Hecklingen bei Kenzingen. Er trumpfte auf, die Frau „sei eine geborene Rothschild und jüdischer Abstammung“. Die Verschwörungstheorie, die berühmte Familie Rothschild beherrsche den Weltmarkt im Interesse einer jüdischen Wirtschaftskontrolle, sollte sich offenbar nun gar auf einem Schiltacher Markt zeigen. Die jahrelange Verbreitung derartiger antisemitischer Beschuldigungen zeigte ihre Wirkung. Die Verwaltungsmaschinerie setzte sich nun in Gang. Der gesuchte Abstammungsnachweis der Frau erbrachte jedoch, dass die 76 Jahre alte Händlerin nach damaliger Rassengesetzgebung "arisch" war.

Nach dem 9. November 1938 scheint dann mit jüdischen Händlern auf den Märkten Schluss gewesen sein. Knapp drei Monate später, am 30. Januar 1939 sollte Adolf Hitler ganz offen die Vernichtung alles jüdischen Lebens ankündigen.

Dieser Artikel erschien erstmals am 09.11.2018 im „Schwarzwälder Bote“